

ÜBERSICHTEN

AUSSENPOLITIK

*
*

AFRIKA UND NAHOST

*(1)

Treibt China zwischen Irak und Iran ein doppeltes Spiel?

China hat den inzwischen seit sieben Jahren andauernden Golfkrieg stets kritisch kommentiert. Wie sei es möglich, daß die beiden Nachbarn Iran und Irak sich jahrelang in ein so sinnloses und kostspieliges Unternehmen stürzen konnten!? Der Golfkrieg sei einer der längsten regionalen Kriege in der Geschichte und habe allein bis Ende 1985 465 Mrd.US\$ verschlungen - 100 Mrd.US\$ mehr als die gesamten Öleinkommen des Iran und des Irak. 230.000 iranische Soldaten seien getötet oder verwundet und 50.000 gefangengenommen worden. Der Irak, einst ein reiches Land, sei inzwischen zu einem internationalen Schuldner geworden, seine Obligationen betrügen rd. 50 Mrd.US\$; seit Beginn des Krieges gebe das Land jährlich 12 Mrd.US\$ für seinen Militärbudget aus. 640.000 irakische Soldaten seien getötet oder verwundet und 10.000 gefangengenommen worden. Immer wieder erfolgten neue Großoffensiven, doch ein Ende des Krieges sei nicht abzusehen (XNA, 21.7.86).

Im August 1986 brachten die Washington Post und die International Herald Tribune Fakten ans Tageslicht, die beweisen sollten, daß China in den ersten sechs Monaten des Jahres 1986 zum wichtigsten Waffenlieferanten des Iran geworden sei (IHT, 27.8.86). Unter Berufung auf amerikanische Regierungskreise berichteten die beiden Blätter, China habe dem Iran Raketen und andere Waffen im Werte von mindestens 300.000 US\$ verkauft. In Washington sei die Befürchtung geäußert worden, daß China demnächst eine Version des MiG-21-Flugzeuges, den J-2, darüber hinaus aber auch größere Panzer und Raketenwerfer an den Iran liefern werde.

Offiziell bestritt China solche Behauptungen energisch; insgeheim jedoch ließen, lt. IHT (27.8.86), chinesische Politiker amerikanische Diplomaten wissen, daß die Waffenlieferungen deshalb gerechtfertigt seien, weil sie vom Iran an die Widerstandskämpfer in Afghanistan weitergeleitet würden. Diese Begründung freilich vermag insofern nicht zu überzeugen, als sich unter den Lieferungen beispielsweise auch Anti-Schiffs-Raketen befinden - was sollen afghanische Widerstandskämpfer wohl damit anfangen!?

Besonders wichtig bei der iranisch-irakischen Auseinandersetzung ist die gewaltige Flugzeuglücke zwischen beiden Ländern. Iran hat nach Angaben des Londoner International Institute for Strategic Studies lediglich rd. 80 einsetzbare Flugzeuge, während der Irak über etwa 500 Flugzeuge verfügt und dadurch seine Unterlegenheit bei den Bodenkraften wieder wettmachen kann. Könnte der Iran diesen Rückstand an Fluggeräten auch nur teilweise ausgleichen, würde sich das strategische Gleichgewicht vermutlich zu seinen Gunsten ändern. Insofern wären chinesische Flugzeuglieferungen an den Iran ein wichtiges Signal! (Zu den Hauptwaffenversorgern gehörte bis vor kurzem übrigens auch Nordkorea.)

Offiziell will China von all diesen Vorwürfen, wie gesagt, nichts wissen - im Gegenteil: Als im Dezember die geheimen Waffenlieferungen der USA an den Iran bei angeblich gleichzeitiger Weitergabe von Zielangaben gegen iranische Objekte an den Irak bekannt wurden, stimmte die chinesische Propaganda in den allgemeinen Verurteilungsschor ein (XNA, 6.12.86). Durch diese geheimen Geschäfte sei das Ansehen der USA in der arabischen Welt weiter herabgesetzt worden, vor allem aber hätten die USA nun endgültig jede Glaubhaftigkeit verloren.

Inzwischen behaupten amerikanische Presseorgane (z.B. IHT, 27.8.86), daß China nicht nur den Iran, sondern in der Vergangenheit auch den Irak nach Kräften mit Waffen versorgt habe. So beispielsweise habe nach Angaben der US Arms Control and Disarmament Agency der chinesische Waffenexport in den Irak zwischen 1979 und 1983 immerhin 1,5 Mrd.US\$ betragen und gehe vermutlich auch jetzt noch weiter.

Am 2. September 1986 veröffentlichte das chinesische Außenministerium eine Erklärung, in der es Behauptungen solcher Art zurückweist. Die VR China habe beim iranisch-irakischen Krieg stets eine neutrale Haltung eingenommen und liefere an keine Seite Waffen.

So viel freilich steht fest, daß China mit beiden Parteien intensiv zusammenarbeitet. Erst im Juli 1986 war es beispielsweise zur 2. Sitzung der Chinesisch-Iranischen Kommission für die wirtschaftliche, kommerzielle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit gekommen, bei der Modalitäten der Weiterentwicklung der bilateralen Kooperation erörtert wurden (XNA, 22.7.86).

Im April 1986 hatte der chinesische Staatskommissar Zhang Jingfu andererseits den Irak besucht und u.a. Gespräche mit dem Handelsministerium geführt. Chinesen sind u.a. als Ölarbeiter im Irak tätig (BRu 1986, Nr.12, S.26) und helfen in einer irakischen Kleidungsfabrik mit (BRu 1985, Nr.14, S.30). -we-

*(2)

China und Israel: Kontakte trotz Berührungsscheu

Im September 1986 wurde bekannt, daß Israel und China planten, politische Kontakte miteinander aufzunehmen. So beispielsweise hatte sich der Büroleiter des israelischen Ministerpräsidentenamts kurz vorher in Paris mit Vertretern der VR China getroffen. Die Initiative hing offensichtlich mit den ägyptisch-israelischen Plänen zusammen, eine Internationale Nahostkonferenz unter Beteiligung der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats in die Wege zu leiten. China gehört dem Gremium an, unterhält aber, ebenso wie die UdSSR, keine formalen Kontakte zu Israel. Die israelische Seite stellte sich auf den Standpunkt, daß beide ohne diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv an einer Nahostkonferenz nicht mitwirken dürften. Auch mit der UdSSR hatte Israel zu dieser Frage Kontakte aufgenommen, und zwar auf konsularischer Ebene. Ein israelischer Regierungsvertreter hatte in diesem Zusammenhang die Vermutung ausgesprochen, China wolle offensichtlich nicht hinter der UdSSR zurückstehen, obwohl bei der israelisch-sowjetischen Unterredung keine konkreten Ergebnisse erzielt worden waren (FAZ, 24.9.86).

Bei den Gesprächen in Paris ist es angeblich auch zur Erläuterung des Themas einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten gekommen. Ferner stünden beide Regierungen, wie in der Jerusalem Post am 22. September 1986 gemeldet wurde, kurz vor der Unterzeichnung eines Abkommens, das es israelischen Firmen ermöglichen soll, Agrar- und Energieprojekte in China zu verwirklichen. Israelische Geschäftsleute schätzen den bisherigen Umfang ihrer Aktivitäten in der Volksrepublik auf rd. 2 Mrd. US\$.

Am 19. September brachte das israelische Fernsehen die Meldung, daß eine Delegation chinesischer Landwirtschaftsexperten demnächst nach Israel kommen werde, um an der Agritech-Messe teilzunehmen. Nachdem dieser Besuch für den chinesischen Geschmack zu hochgehängt worden war, sagte die Delegation kurzerhand ihren Besuch ab. Daraufhin habe sich Israel bei China entschuldigt.

Ferner waren Gerüchte aufgekommen, daß China Kohle nach Israel exportieren wolle (XNA, 22.10.86) und daß der Chef des größten wehrtechnischen Unternehmens des Landes, Israel Aircraft Industries, demnächst die Volksrepublik China besuchen werde (NZZ, 28.8.86). Bereits 1984 hatte die britische Militärzeitschrift "Jane's Defense Weekly" berichtet, China habe mit Israel Rüstungsgeschäfte im Werte von über 3 Mrd. US\$ abgeschlossen. Als einer der Beteiligten wurde die IAI genannt.

Im September und Oktober sah China sich genötigt, solchen Gerüchten entgegenzutreten. Der Bericht über ein angebliches geheimes Treffen zwischen israelischen und chinesischen Beamten in Paris sei pure Erfindung (XNA, 24.9.86, in SWB, 27.9.86). Auch gebe es keinerlei Pläne, chinesische Kohle nach Israel zu exportieren (XNA, 22.10.86).

Inzwischen fährt China damit fort, seine übliche negative Berichterstattung über Israel zu betreiben. Es wolle seine Truppen nicht aus dem Libanon abziehen, es betreibe eine "Großisrael-Politik" und in Israel hätten (seit Oktober 1986) die Falken wieder das Ruder übernommen - gemeint ist die Übernahme des Regierungsvorsitzes durch Shamir (XNA, 22.10.86).

So leicht allerdings wird China den Verdacht nicht mehr los, mit Israel doch unter einer Decke zu stekken. -we-

*(3)

Zum 7. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan

Am 27. Dezember 1979 marschieren sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Anlässlich der 7. Wiederkehr dieses Ereignisses richtete eine Reihe von Regierungen Rückzugsappelle an Moskau - darunter nicht nur die USA und die Bundesrepublik, sondern mit besonderer Vehemenz vor allem auch die VR China: Es stehe schlecht um die politische und militärische Lage der Sowjetunion in Afghanistan. Die Sowjetunion habe sich militärisch und politisch "festgefahren"; ihre Ankündigung vom 15. Oktober, sechs Regimenter aus Afghanistan abzuziehen, sei nichts mehr als eine leere Geste, da die Zahl dieser Soldaten lediglich 5-6% der geschätzten Gesamtzahl der sowjetischen Besatzungssoldaten in Afghanistan ausmache und noch dazu Flak- und Panzertruppen umfasse, die für den Kampf gegen afghanische Widerstandskräfte von geringem Nutzen seien. Seit 1982 hätten in Genf acht indirekte Gesprächsrunden stattgefunden, die jedoch im Sande verlaufen seien, weil die UdSSR es stets abgelehnt habe, einen Zeitplan für den Truppenabzug aufzustellen (BRu 1986, Nr. 44, S. 12).

Seit sich im Mai 1985 die sieben größten Guerillaorganisationen zur Islamischen Allianz der afghanischen Mudschahidin (Kämpfer des Heiligen Kriegs) zusammengeschlossen haben, habe sich die Effizienz des Widerstands erhöht. In den vergangenen sieben Jahren habe die Sowjetunion über 10 Mrd. US\$ aufgewendet und 600 Flugzeuge sowie 1.800 Panzer bzw. gepanzerte Fahrzeuge verloren. Außerdem seien nach Angabe der "Allianz" 40.000 Sowjets gefallen. Während der Kriegsjahre hätten die sowjetischen Truppen schätzungsweise 1 Million afghanische Zivilisten, darunter vor allem Frauen und Kinder, getötet. Ferner seien 4,5 Millionen Afghanen gezwungen worden, wegen der Okkupation ihre Heimat zu verlassen und in anderen Ländern Zuflucht zu suchen (XNA, 6.12.86).

Ohne dies offen zu bekunden, empfindet China offensichtlich Genugtuung über die Lieferung amerikanischer Stinger-Raketen an afghanische Rebellen. Mit diesen Raketen können die Fliegenden Hubschrauberfestungen bekämpft werden.

Anfang November 1986 hätten afghanische Guerillagruppen sogar die Sowjetbotschaft in Kabul angegriffen (XNA, 1.11.86). Alles in allem treibe Moskau in Afghanistan eine "Politik des Todes und der Schande".

Mitte Dezember besuchte der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des chinesischen NVK und frühere Verteidigungsminister, Geng Biao, afghanische Flüchtlingslager in Peshawar/Pakistan - eine deutliche Geste!

Das Scheitern der Sowjetpolitik habe sich übrigens auch bereits im Rücktritt Babrak Karmals im Mai 1986 manifestiert. In dem unpopulären Bürgerkrieg werde offensichtlich ein Politiker nach dem anderen verschlissen; dieser betrübliche Zustand werde andauern, solange es keine grundsätzliche Änderung der sowjetischen Afghanistanpolitik gebe.

Im übrigen bleibt China bei seinem Standpunkt, daß die Afghanistan-Frage einer der drei Haupthindernisse für eine sino-sowjetische "Normalisierung" ist. Freilich hat ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bereits im September 1986 bekanntgegeben, daß China zwar die Bedeutung der Afghanistan-Frage nicht unterschätze, daß aber unter den "drei Haupthindernissen" die sowjetische Indochinapolitik für Beijing noch schwerwiegender als die sowjetische Afghanistanpolitik sei (XNA, 17.9.86). -we-

ASIEN

*(4)

Überschattet vom Grenzkonflikt über Arunachal Pradesh: Das chinesisch-indische Verhältnis

Die Grenzverhandlungen zwischen den beiden asiatischen Riesen, die 1981 eingesetzt hatten, waren bis zur siebten Runde im Juli 1986 durchaus hoffnungsvoll verlaufen (ausführlich hierzu C.a., November 1983, Ü 3; C.a., November 1985, Ü 2; C.a., August 1986, Ü 4). Doch dann begann die Arunachal Pradesh-Frage hochzukochen. Schon am Vorabend der 7. Verhandlungsrunde war es wegen dieser Problematik zu gegenseitigen Protesten gekommen. Nach indischer Behauptung waren vierzig Chinesen, zwanzig davon in Uniform, 7 km tief in "indisches" Territorium eingedrungen und hätten dort ein Lager aufgeschlagen.

Beijing konterte mit dem Hinweis, daß es sich bei dem betreffenden Gebiet nicht um indisches, sondern um chinesisches Territorium gehandelt habe.

Bekanntlich geht es bei dem indisch-chinesischen Grenzstreit um eine Gesamtfläche von 128.000 qkm, und zwar im Westbereich von Jammu und Kashmir sowie im Ostbereich "Arunachal Pradesh" (zur Rechtslage im einzelnen vgl. C.a., September 1984, S.505-508).

Bei Arunachal Pradesh handelt es sich um ein Gebiet, das seit vielen Jahren zwischen den beiden Nachbarländern umstritten ist. China protestiert sogar gegen die Verwendung des Namens "Arunachal Pradesh".

Die Lage wurde inzwischen dadurch verschärft, daß das indische Unterhaus am 8. Dezember Arunachal Pradesh in den Rang eines indischen Bundesstaats ("State") erhob. Der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi bezeichnete diesen Beschluß als "historisches Ereignis", das die "Einigung Indiens stärken" werde.

Gegen diesen Akt protestierte das chinesische Außenministerium, das das Gesetz als "rechtswidrig" bezeichnete, da es Chinas territoriale Integrität und Souveränität ernsthaft verletze. Die Grenze zwischen China und Indien, die rd. 2000 km lang ist, sei niemals offiziell festgelegt worden. I.J. 1914 habe die britische Kolonialregierung eine rechtswidrige sog. "McMahon-Linie" in der Absicht gezogen, ca. 90.000 qkm chinesisches Territorium in ihr damaliges indisches Kolonialreich zu inkorporieren. Keine der bisherigen chinesischen Regierungen habe diese Linie jemals anerkannt. 1954 hätten die indischen Behörden in diesem Teil des chinesischen Territoriums unter der Bezeichnung "Northeastern Frontier Agency" ein rechtswidriges Besatzungsregime errichtet. 1972 habe sie das Gebiet dann in den Rang eines "Union Territory" erhoben - und nun, 1986, sogar zu einem "State" der Indischen Union. Diese "illegale Besetzung chinesischen Territoriums" werde China niemals anerkennen (XNA, 12.12.86).

Das chinesische Volk schätze die traditionelle Freundschaft mit dem indischen Volk hoch ein. Die chinesische Regierung hoffe aufrichtig, auf der Grundlage der Fünf

Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit Indien Beziehungen der guten Nachbarschaft von Dauer entwickeln zu können. China trete ferner konsequent dafür ein, durch freundschaftliche Konsultationen im Geiste des gegenseitigen Entgegenkommens die Grenzprobleme zwischen beiden Seiten umfassend zu lösen. Nun aber habe Indien einseitig die Grenzfrage kompliziert, nachdem sich vorher in der Verwaltungspraxis "eine traditionelle, von beiden Völkern respektierte Gewohnheitsgrenze herausgebildet" hatte. Auf den offiziellen Landkarten von Britisch-Indien aus der Zeit vor 1936 war die chinesisch-indische Grenze grob nach dieser traditionellen Gewohnheitslinie eingezeichnet. Selbst in den frühen fünfziger Jahren wurde die chinesisch-indische Grenze auf den von Indien herausgegebenen offiziellen Landkarten als "noch nicht festgelegt" bezeichnet. Damals also teilte Indien offensichtlich noch den chinesischen Standpunkt, es handle sich bei der McMahon-Linie um ein Produkt der Aggressionspolitik der Kolonialisten! Die Simla-Konferenz von 1914, bei der diese Linie gezogen wurde, hat die chinesisch-indische Grenzfrage überhaupt nicht berührt. Die McMahon-Linie wurde vielmehr durch einen geheimen Notenaustausch der Kolonialisten am Rande dieser Konferenz und hinter dem Rücken der Vertreter der damaligen Zentralregierung Chinas "ausgebrütet" und ist nie von einer chinesischen Regierung anerkannt worden. Die McMahon-Linie sei anfangs noch so ungewiß gewesen, daß es die Kolonialisten mehr als zwanzig Jahre lang nicht gewagt hätten, sie überhaupt auf Landkarten einzuzeichnen. Umso grotesker sei die heutige Berufung auf dieses illegale Machwerk.

Wie allgemein bekannt, seien der östliche, der mittlere und der westliche Abschnitt der chinesisch-indischen Grenze umstritten, wobei der östliche Abschnitt "das umstrittenste Gebiet" ist.

China geht davon aus, daß keine dieser drei Fragen gelöst ist und daß es hier um noch auszuhandelnde Fragen geht. Hierzu bedürfe es friedlicher Konsultationen und keiner einseitigen Gewaltakte (BRU 1986, Nr.35, S.16 f.; XNA, 17. und 18.12.86).

Abgesehen von der Grenzfrage war es auch sonst zu beiderseitigen Irritationen gekommen. Im April be-

schuldigte Indien die VR China der Waffenlieferung an Aufständische der Tribal National Volunteers im nordöstlichen Bundesstaat Tripura (PTI in SWB, 2.4.86) - wie überhaupt der Vorwurf, daß China "anti-indischen Terroristen Gastfreundschaft gewährt", mit zu den Standardformulierungen gehört (vgl. so z.B. schon Zusammenfassung entsprechender Berichte in SWB, 28.6.85). U.a. wurde China Anfang 1986 auch beschuldigt, die indischen Sikh-Terroristen zu unterstützen - eine Behauptung, die von Beijing mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurde (XNA, 20.3.86). Ständig in der Luft liegen auch Vorwürfe an die Adresse Chinas, Pakistan bei seiner Nuklearbewaffnung zu unterstützen (z.B. XNA, 10.4.86). -we-

*(5)

Kritische Bewertung des Indienbesuchs Gorbatschows

Vom 25. bis 28. November besuchte der Generalsekretär der KPdSU Indien; dies war der erste Besuch Gorbatschows in einem asiatischen Staat seit seiner großen Juli-Rede in Wladiwostok, bei der er eine neue Asienpolitik angekündigt hatte. Mit diesem Besuchsauftakt wurde auch etwas von der sowjetischen Prioritätenfolge in Asien deutlich. Indien ist das einzige nichtsozialistische Land Asiens, mit dem die Sowjetunion (im August 1971) einen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet hat und mit dem es eine vielfältige Zusammenarbeit betreibt, angefangen von der Landwirtschaft über Ölprospektierung, Energiegewinnung und Metallurgie bis hin zur gemeinsamen Weltraumforschung. In drei Jahrzehnten der indisch-sowjetischen Kooperation wurden mit sowjetischer Hilfe etwa sechzig große Industrie- und andere Wirtschaftsprojekte durchgeführt oder in Auftrag gegeben. Auf drei Projekte entfallen etwa ein Drittel der Stahl- und Aluminiumproduktion Indiens, ein Viertel seiner Ölgewinnung, fast die Hälfte der Ölverarbeitungsindustrie, etwa ein Zehntel der Stromerzeugung des Landes und der Großteil der Ausrüstung für Elektroindustrie, Metallurgie und Bergbau. Gegenwärtig arbeiten die beiden Länder zusammen bei der Ölprospektierung in den Becken Cambay und Kaveri, bei der Ausbeutung von Kohlevorkommen sowie beim Bau eines Stahlkomplexes an der Ostküste. Ferner soll das Stahlwerk von Bhilai, das erste

große, mit sowjetischer Hilfe in Indien errichtete Projekt, modernisiert werden (Radio Delhi in MD Asien, 19.8.86, S.7).

Am 27. November wurde eine Gemeinsame Erklärung beider Regierungen unterzeichnet. Die intensive Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sei ein Beweis für die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Beide Seiten betrachteten es als die wichtigste Aufgabe der Menschheit, den Frieden zu festigen und die Gefahr einer atomaren Katastrophe zu beseitigen. Beide Seiten sprechen sich für die Einberufung einer Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten unter UNO-Führung aus. Beide appellierten an den Iran und den Irak, ihre Konflikte so bald wie möglich zu beenden. Beide forderten auch die Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte im Indischen Ozean.

Die chinesische Berichterstattung über den Indienbesuch Gorbatschows führt all diese Einzelheiten an und sucht vor allem nach "versteckten Differenzen" zwischen beiden. Vor allem in drei Punkten hätten sich Konflikte angedeutet, nämlich in der Kambodscha-, der Afghanistan- und der China-Frage. In der Gemeinsamen Erklärung sei z.B. jedes Wort über Kambodscha vermieden worden; dies zeige die Widersprüche Indiens zwischen seiner Rolle als Führer der Blockfreienbewegung einerseits und seinem Wunsch nach der Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Moskau andererseits. Ferner sei über die - offensichtlich vorhandenen - Differenzen zur Afghanistan-Frage in öffentlichen Erklärungen nichts zum Ausdruck gekommen - ein höchst beredtes Schweigen! Schließlich scheint Indien über die Annäherungspolitik Moskaus an Beijing beunruhigt zu sein - worauf die wiederholte Male geäußerte Versicherung Gorbatschows hinweist, daß die Verbesserung der sowjetischen Beziehungen zu China diejenigen zu Indien keineswegs beeinträchtigen werde (RMRB, 3.12.86).

Höchst mißtrauisch kommentiert Xinhua (XNA, 21.11.86) die Tatsache, daß die Sowjetunion nach wie vor Indiens Waffenhauptlieferant sei und diesem Land vor allem MiG-29-Jagdflugzeuge und T-72-Panzer liefert. -we-

***(6)
China-Pakistan: Einigkeit in allen Fragen**

Am 15. September war zwischen China und Pakistan ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet worden. Beide Partner erklärten, sie wollten sich als Mitglieder der Internationalen Atomenergiebehörde genau an deren Vorschriften halten.

Am selben Tag erklärte Ministerpräsident Zhao Ziyang, China wolle auch mit anderen Ländern bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie zusammenarbeiten (XNA, 15.9.86). China sei keineswegs gewillt, den Pakistanis bei der Herstellung von Nuklearbomben zu helfen; entsprechende Erklärungen gehören schon fast zum Ritual aller pakistanbezogenen chinesischen Erklärungen! Dies jedoch hinderte Indien nicht, gegen China erneut einen entsprechenden Vorwurf zu erheben (Radio Delhi in SWB, 2.4.86; SWB, 29.9.86). Am 24. September 1986 sah sich das chinesische Außenministerium erneut zu einer abwegigen Erklärung gezwungen (XNA, 24.9.86).

Indien protestierte übrigens auch gegen amerikanische Waffenlieferungen an Pakistan, die Mitte 1986 erfolgt waren. Aus Indiens Sicht gibt es eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den USA und der VR China in allen Fragen der Pakistanpolitik.

Einen weiteren pakistanbezogenen Vorwurf Indiens an China gab es auch mit der Eröffnung des Khunjerab-Passes für Bürger aus Drittländern am 1. Mai 1986. Seitdem dürfen auch Fremde die Karakorum-Hochstraße befahren, die Kashgar/Chin.Xinjiang mit Islamabad verbindet (1.286 km) und die über ein Gebirgsgebiet führt, das von 15.000 chinesischen und pakistanischen Pionieren in 20jähriger Arbeit durchbrochen wurde. Da der Paß im kashmirischen Teil Pakistans liegt, auf den Indien ja bekanntlich Anspruch erhebt, hatte Indien behauptet, die Eröffnung verletze seine Souveränität. Beijing wies diesen Protest als ungerechtfertigt zurück. Bei der Eröffnung der Passes handle es sich um eine ganz normale Angelegenheit zwischen China und Pakistan - also zwei souveränen Staaten mit einer gemeinsamen Grenze. Im übrigen habe China mehrfach erklärt, daß die Eröffnung des Passes nicht den Anspruch auf die zwischen Indien

und Pakistan umstrittene Kashmir-Region präjudiziere (XNA, 15.5.86).

Im Dezember besuchte der pakistanische Außenminister die VR China. Dabei wurde erneut die chinesisches-pakistanische Freundschaft beschworen und gleichzeitig ein Rückschlag in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien festgestellt. Im Dezember 1985 hätten zwar der pakistanische Präsident Zia und der indische Premierminister Gandhi über zwei Aspekte Verständigung erzielt; sie vereinbarten erstens den gegenseitigen Nichtangriff auf nukleare Anlagen; zweitens nahm Gandhi die Einladung zu einem Besuch Pakistans im 1. Halbjahr 1986 an. Doch die Situation habe sich anders entwickelt als erwartet: Gandhi habe Pakistan nicht besucht und auch eine offizielle Nichtangriffserklärung sei nicht unterzeichnet worden. Ferner hätten sich die gegenseitigen Vorwürfe gehäuft, sei es nun in der Kashmir-Frage, wegen der Sikh-Unruhen oder aber wegen des pakistanischen Nuklearprogramms. Ferner habe Indien Pakistan bei zwei weiteren Anlässen provoziert: Bei der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Harare beispielsweise habe Gandhi die pakistanische Regierung wegen der Entführung eines indischen Flugzeuges auf dem Flughafen von Karatschi in ein schiefes Licht gesetzt. Ferner habe Delhi den Indus-Vertrag von 1960 verletzt, indem es einen Staudamm errichtete, der eine 30fache Menge desjenigen Wassers zu speichern in der Lage ist, das nach dem damaligen Vertrag als Oberlimit festgesetzt worden war. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn seien damit auf einen neuen Tiefstand gesunken (Zusammenfassung von XNA-Meldungen in SWB, 29.12.86). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(7)

Kurzer Überblick über die innenpolitische Entwicklung der VR China im Jahre 1986

Die Bekämpfung von sog. "falschen Tendenzen" unter den Partei- und Regierungskadern stand von Januar bis April 1986 im Zentrum der innenpolitischen Entwicklung. Unter "falschen Tendenzen" werden vor allem Korruption, Amtsmissbrauch für private Zwecke sowie Nepotismus